

„Nachhaltig eine sorgende Gemeinde werden“

Kirchliche Sozialstationen im Landkreis Emmendingen schlagen Alarm bei Bürgermeistern und Trägern

Endingen (est). Im Bewusstsein nur gemeinsam etwas erreichen zu können, haben sich die kirchlichen Sozialstationen im Landkreis Emmendingen zu einem Verbund „Lebenswege“ zu-sammengeschlossen. Gemeinsam wollen sie auf ihren Notstand in der ambulanten pflegerischen Versorgung im Landkreis aufmerksam machen und haben Landrat, Bürgermeister und Pfarrer zu einem ersten Treffen kürzlich nach Endingen in das Bürgerhaus eingeladen.



Bürgermeister, Pfarrer und Pflegekräfte lauschen dem Situationsbericht der Sozialstationen. Foto: Elisabeth Stratz

Der Einladung sind etliche Bürgermeister und Pfarrer gefolgt. Begrüßen konnte als Hausherr Bürgermeister Tobias Metz zwar nicht Landrat Hanno Hurth, jedoch stellvertretend die Sozialdezernentin Dr. Ulrike Kleinknecht-Strähle und Bürgermeisterkollegen vom Elztal bis in den Kaiserstuhl. Auch Pfarrer aus der Region, oft als Verantwortliche der kirchlichen Trägerschaft fungierend, bekundeten mit ihrer Anwesenheit ihr Interesse.

Als Moderatorin stellte Sandy Liebehenschel zunächst die Verbundteilnehmer vor: die kirchlichen Sozialstationen St. Martin Endingen (vertreten durch Claudia Herbstritt-Bär), St. Franziskus Herbolzheim (Natha-

lie Müller), Stephanus Teningen (Eveline Mießner), St. Elisabeth Waldkirch (Petra Spaniol-Höfner), die Sozialstationen Elz / Glotter (Petra Conrad) und Oberes Elztal (Gertrud Imhof) sowie die Diakoniestation Emmendingen-Freiamt vertreten durch Michael Kreis und Jürgen Beisinger.

„Die Hütte brennt. Wir hissen die rote Fahne“, sagte die Vorsitzende Petra Conrad der Sozialstation Elz / Glotter. Schon lange Sorge der demografische Wandel für immer mehr Pflegebedürftige und dem stünden immer weniger Fachkräfte entgegen. Dazu käme die Überlastung durch die seit mehr als zwei Jahren andau-

ernde Pandemie, in deren Folge viele dem Pflegeberuf den Rücken gekehrt hätten.

Derzeit betreuen rund 550 Mitarbeiter der kirchlichen Sozialstationen im Landkreis 3.500 pflegebedürftige Bürger. Letztere Zahl werde zunehmend steigen, aber keine Entsprechung bei den Fachkräften finden. Das bedeute, dass die Bedürftigen noch länger warten müssten oder gar nicht mehr versorgt werden könnten.

Nicht nur die direkt Beteiligten sollen Verantwortung übernehmen, sondern die Kommunen mit den Trägern, die Angehörigen mit Bürgern und Politiker mit Institutionen sollen

gemeinsam praxistaugliche Lösungen erarbeiten und mit ins Boot genommen werden, wünschen sich die Pflegeleitenden. Engagement sei in den Gemeinden vorhanden, sie müssten nur intelligent und effektiv verknüpft werden und somit „wirklich und nachhaltig eine sorgende Gemeinde“ werden.

Dabei gehe es nicht nur um die Herabsetzung der Hürden, die für die Anwerbung von Pflegefachkräften aus dem Ausland bestehen würden, es müsse auch Wohnraum für diese vorhanden sein. Flexiblere Kinderbetreuung für Pflegekräfte, die selbst sehr flexible Arbeitszeiten hätten, sei ebenso ein zu lösendes Problem wie

bessere Arbeitsbedingungen und eine höhere gesellschaftliche Anerkennung - nicht nur über den Lohn. Dies seien berechnete Forderungen, um den Beruf für Einsteiger attraktiver zu gestalten.

Viele Pflegeverantwortliche sehen in der allgemeinen Einführung eines sozialen Jahrs die Chance, dass die junge Generation wieder mehr Berührung mit dem Altwerden bekommt und ihre soziale Verantwortung entwickeln, die durch die Kleinfamilienstruktur weitestgehend verloren ging. Ebenso wird eine einheitliche, solidarische Bürgerversicherung propagiert, denn Pflege sollte keine Armutsrisiko werden. Neue Wohnmodelle könnten die Pflegebedürftigen statt in getrennten Sektoren wieder in die Mitte der Gesellschaft holen und sie nicht unsichtbar in Pflegeheimen abstellen.

Lösungsansätze erörtert

Nach der Feststellung der Problematik wurde in drei regionalen Gruppen diskutiert und Lösungsansätze erörtert. Stichpunktartig waren sowohl die Sorgen der Bürgermeister, genug Personal für ihre neu gebauten Kindergärten zu finden, ebenso auszumachen wie die Frage,

warum für die ukrainischen Flüchtlinge soviel Wohnraum von engagierten Bürgern zur Verfügung gestellt wird, jedoch den alleinstehenden und pflegebedürftigen Älteren keine ausreichende Hilfe zukomme.

Der Unterschied liege vielleicht in der guten kommunalen Unterstützung für die Flüchtlinge, die jedoch bei den Angehörigen und engagierten Bürgern für die ältere Generation oftmals völlig fehle und die Betroffenen sich zudem noch scheuen würden, Hilfe in Anspruch zu nehmen, so die Erklärungsversuche.

„Schwierige Situation sichtbar machen“

Dass an diesem Nachmittag keine generellen Lösungen zu finden sind, war den Gastgebern von vorneherein klar. Für sie ist es ein erster Schritt, ihre schwierige Situation sichtbar und hörbar zu machen und die „Macher“ (Politik, Kassen, Verbände, Kommunen, Bürger, Angehörige, Bedürftige) einzubeziehen. Denn nur zusammen sei die „Herkulesaufgabe“ zu bewältigen, sind sich die Teilnehmer einig. Ziel ist es innerhalb eines Jahres Kooperationen verschiedenster Art zu knüpfen und sich in einem Jahr wieder zum Austausch zu treffen.